

Umweltbundesamt zum Zusammenhang von Fleischkonsum und Welthunger

7. Dezember 2012



Das Umweltbundesamt (UBA) rät zu einer Reduzierung des Fleischkonsums innerhalb der Industrieländer, um die Welthungerproblematik zu entschärfen. Dies ist eine der Kernaussagen eines im Oktober erschienenen Positionspapiers des UBA zur nachhaltigen Land- und Biomassenutzung. Hauptanliegen des Positionspapiers »Globale Landflächen und Biomasse nachhaltig und ressourcenschonend nutzen« ist die Anregung eines umweltverträglichen und sozial gerechteren Umgangs mit globalen Ressourcen unter besonderer Berücksichtigung der weltweiten Ernährungssicherheit.

Derzeit leiden laut der Welternährungsorganisation FAO etwa 870 Millionen Menschen an Hunger und Unterernährung (FAO 2012), was – so das Positionspaper des UBA – zum einen auf Armut und die ungerechte Verteilung verfügbarer Nahrungsmittel zurückzuführen ist, zum anderen am ressourcenverschwenderischen Konsum der Industrie- und Schwellenländer liegt. Die zur Produktion von Landwirtschaftserzeugnissen notwendigen Ressourcen wie Land und Wasser sind bereits heute knapp bemessen. Deutlich zuspitzen wird sich die Situation zukünftig durch das Weltbevölkerungswachstum auf voraussichtlich über 9 Milliarden Menschen bis zum Jahr 2050. Um alle diese Menschen mit ausreichend Nahrung versorgen zu können, müssten dann laut FAO 70% mehr Nahrungsmittel als derzeit produziert werden. Da eine solche Steigerung nur schwer realisierbar ist, ohne gravierende Umweltschäden hervorzurufen, ist es laut UBA für die Industrieländer dringend geboten, Änderungen im Konsumverhalten vorzunehmen.

Fleischkonsum gefährdet die Ernährungssicherheit

In den Mittelpunkt der Betrachtung rückt das Umweltbundesamt in diesem Zusammenhang den Fleischkonsum. Nach Angaben des Positionspapiers ist der Fleischverbrauch pro Kopf in den Industrieländern mit durchschnittlich 82 kg pro Jahr erheblich höher als in den Entwicklungsländern (31 kg pro Jahr). Seit 1970 hat sich der weltweite Fleischkonsum verdreifacht – eine Umkehr des Trends ist (zumindest global gesehen) noch nicht in Sicht.

Nach Ansicht des UBA ist dies vor allem deshalb problematisch, weil die Produktion von Fleisch in direkter Konkurrenz zur globalen Ernährungssicherung steht. In Massentierhaltung gehaltene »Nutztiere« werden zu einem hohem Anteil mit Nahrung gefüttert, die ebenso gut für den menschlichen Verzehr geeignet wäre (v.a. Mais, Soja und Getreide). Diese Nahrung wird somit im Hinblick auf die Hungerproblematik regelrecht verschwendet, denn die Tiere wandeln nur einen Bruchteil der ihnen zugeführten Nährstoffe in Fleisch um. 34% des weltweit produzierten Getreides wurden im Jahr 2011 als Nutztierfutter und lediglich 46% direkt zur menschlichen Ernährung verwendet – die restlichen 20% wurden zu Treibstoff oder anderen Industrieprodukten verarbeitet.

Ressourcenverschwendung durch Fleischproduktion

Laut Angaben des Positionspapiers beansprucht die Produktion von tierischen Lebensmitteln im Vergleich zu pflanzlichen Lebensmitteln deutlich mehr Ressourcen und geht mit höheren Umweltbelastungen einher. Der in den Industrieländern bestehende Ressourcenbedarf für die Tierproduktion geht auf Kosten der weniger entwickelten Länder. So kann etwa der Tierfutterbedarf der Industrieländer nur dadurch gedeckt werden, dass der Futteranbau auf Landflächen in Entwicklungsländern ausgeweitet wird. Laut einer aktuellen Studie von »Brot für die Welt« hat dies für die betroffenen Länder weitreichende Folgen, wie die Regenwaldzerstörung und die Verdrängung von Kleinbauern und indigenen Völkern.

Dem UBA-Positionspaper zufolge beansprucht die EU allein für ihre Sojaimporte 13 Mio. ha Ackerflächen in Südamerika – dies entspricht mehr als einem Drittel der Gesamtfläche Deutschlands. Eine Reduzierung des Fleischverbrauchs der Industrieländer würde nach Einschätzung des Umweltbundesamtes (neben positiven Effekten auf Umwelt und Gesundheit) enorme Ackerlandflächen freisetzen und somit potentiell zur Ernährungssicherung von Menschen in ärmeren Ländern beitragen.

Empfehlungen des Umweltbundesamtes

Als Ergebnis erteilt das UBA-Positionspapier konkrete Politikempfehlungen, welche die Verbraucher anregen sollen, ihre Ernährung vorrangig pflanzlich und fleischreduziert zu gestalten.

Empfohlen werden die Einführung einer Fettsteuer sowie der Abbau von Steuervergünstigungen für tierische Lebensmittel. Ersteres bedeutet einen Preisanstieg von Lebensmitteln mit gesättigten Fettsäuren proportional zu ihrem Fettgehalt (Butter und Schlagsahne würden demnach verhältnismäßig am teuersten, Fleisch würde sich ebenfalls verteuern). Letzteres meint die Erhebung des vollen Mehrwertsteuersatzes von 19% auf alle tierischen Lebensmittel – statt der bisher für fast alle Tierprodukte üblichen 7%.

Begleitet werden sollten diese steuerlichen Maßnahmen laut UBA durch die Einführung fleischreduzierter Speisepläne in öffentlichen Einrichtungen sowie durch Kampagnen und Bildungsmaßnahmen zur Förderung des nachhaltigen Konsumverhaltens, in denen verstärkt über den Zusammenhang des Fleischkonsums mit Umwelt-, Gesundheits- und Ressourcenproblemen aufgeklärt wird.

Fazit

Die Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt begrüßt es sehr, dass das Umweltbundesamt die aufgeführten Punkte zusammengetragen hat und dazu konkrete Forderungen aufstellt. Dies ist ein entscheidender Beitrag dazu, dass sich das Wissen über die Folgen der überhöhten Fleischproduktion in der Politik verbreitet und daraus Taten resultieren.